

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11929** ab. Wer möchte dem folgen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die AfD. Wer enthält sich? – Keiner. Damit ist dieser Änderungsantrag, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11945** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11946** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11947** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11948** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11949** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei – null Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen siebtens über den **Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11950** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Wiederum die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD **abgelehnt**.

Wir stimmen achtens über den Einzelplan 03 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11903, den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Das sind CDU und SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen ...

(Josef Hovenjürgen [CDU] und Marc Lürbke [FDP]: FDP!)

– Entschuldigung. Ich wiederhole das Abstimmungsergebnis: CDU und FDP stimmen dafür. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen**.

Jetzt müssen wir noch etwas nachholen. Ich rufe noch einmal Einzelplan 12 – Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung – auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11912, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11905 hin.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner bzw. als erster Rednerin der Abgeordneten Voigt-Küppers für die SPD-Fraktion das Wort.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beratungen für den Haushalt 2021 finden unter besonderen Bedingungen statt. Als wir vor einem Jahr hier standen, hätte niemand geahnt, in welche Krise wir schlittern.

Ich will voranstellen: Wir wissen natürlich um die besonderen Herausforderungen, vor denen die Landesregierung in diesem Jahr gestanden hat und im nächsten Jahr auch noch stehen wird.

Ich will auch noch einmal betonen: Wir haben jederzeit unsere Hilfe angeboten und haben zahllose Vorschläge gemacht. Die Landesregierung ist den Vorschlägen nicht gefolgt. Das, Frau Gebauer, ist Ihr gutes Recht, aber Sie dürfen sich nicht wundern, dass Sie bei der Bewertung der Maßnahmen, die Sie in den letzten Monaten an unseren Schulen ergriffen haben, nicht unsere Rückendeckung haben. Kurz gesagt: Wenn Sie das alleine machen wollen, dann müssen Sie auch alleine den Kopf dafür hinhalten.

(Beifall von Sven Wolf [SPD] – Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

– Wie war das eigentlich mit den Bemerkungen von der Regierungsbank?

Ich komme zu meiner Rede zurück: So ist das auch mit diesem Haushalt. Sie geben sich immer diskussionsbereit und offen, aber am Ende haben Sie doch von jedem Vorschlag und von jedem Antrag unserer Fraktion Abstand genommen.

Frau Ministerin, Jahr um Jahr führen Sie ins Feld, dass der Einzelplan 05 der größte Haushaltsposten ist und dass wir den größten Schuletat beraten, den es je gab. Das stimmt, aber das ist schon immer so gewesen. Das ist systemimmanent.

Unsere Aufgabe als Schulpolitiker ist es, den Haushalt nicht quantitativ, sondern qualitativ zu bewerten. Jahr um Jahr führen Sie ins Feld, dass Sie zusätzliche Plätze in der OGS geschaffen haben und dass die Mittel entsprechend erhöht worden sind. Auch das stimmt, aber der Platzaufwuchs ist seit Jahren fast linear. Auch hier setzen Sie nur den bisherigen Kurs fort: keine qualitativen Änderungen, keine Idee, kein Konzept, wie der Rechtsanspruch umgesetzt werden soll. Unsere Anträge haben Sie abgelehnt.

Schulsozialarbeit: Hier mussten wir Sie zum Jagen tragen, damit Sie die BuT-Stellen sichern. Die Mittel aus dem AGS-Haushalt haben Sie einfach nur in den Schulhaushalt verschoben – keine Erhöhung der Mittel geschweige denn eine Dynamisierung. Unsere inhaltlichen Anträge zur Schulsozialarbeit haben Sie auch hier wieder abgelehnt.

Bei der Digitalisierung erinnere ich Sie an einen Ausspruch von Ihnen, Frau Gebauer: NRW müsse aus der Kreidezeit. – So hieß es vor dem Regierungswechsel. Dank Corona – muss man sagen – passiert jetzt etwas. Grundlage dafür sind aber zum großen Teil aber Bundesmittel. Das wissen wir alle. Detailfragen sind nach wie vor offen. Wenn wir Sie fragen, wie es an den Schulen ganz konkret funktionieren soll, dann zucken Sie mit den Schultern. Die Schulträger sollen sich kümmern. Am Ende macht es ein Lehrer, der dafür immer noch keine Freistellung bekommt.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Überhaupt, der Umgang mit den Lehrern: Hier wird immer großer Dank für die Leistungen betont – das will ich an dieser Stelle auch noch einmal betonen, vor allem in der Krise –, aber seit Sie diesen Haushalt vorgelegt haben wissen wir: A13 für alle Lehrer kommt auch in diesem Haushalt wieder nicht.

Sie stehen hier im Wort, Frau Ministerin. Sie brechen dieses Wort. Sie sorgen erneut nicht für das, was die Verfassung gebietet – nämlich, dass diejenigen Lehrkräfte, die die gleiche Ausbildung durchlaufen, bei

ihrer Einstellung auch das gleiche Eingangssamt bekommen.

(Zuruf von der CDU)

Überflüssig zu erwähnen: Wir haben das beantragt, Sie haben das abgelehnt.

(Zuruf von der CDU)

Das sind alles Punkte, mit denen Sie den Masterplan Grundschule wirklich als einen solchen hätten verkaufen können.

(Kirstin Korte [CDU]: Den brauchen wir nicht zu verkaufen! Der ist gut!)

Unsere Vorschläge lagen auf dem Tisch.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Corona hat deutlich gemacht, woran es in unserem Bildungssystem hapert. Immer wieder ist die Rede davon, dass die Krise wie ein Brennglas wirkt. Ich teile diese Einschätzung. Der Zustand der Schulgebäude war schon vor der Krise ein Thema – jetzt ist es in verschärftem Maße so. Ihre Aussage dazu: Das sollen die Kommunen machen.

Wir haben den Antrag gestellt, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu organisieren, damit wir von der Frage wegkommen, wer an den maroden Strukturen schuld ist. Wir haben den Antrag gestellt, das in wenigen Wochen auslaufende Programm „Gute Schule 2020“ neu aufzulegen. Ich brauche es nicht wieder zu sagen: Die Anträge haben Sie abgelehnt.

Die Krise zeigt auch: Die soziale Ungleichheit wird größer. Ganze Familien werden abgehängt. Sie sprechen von Bildungsgerechtigkeit. Aber was verstehen Sie darunter? Was sind Ihre Ideen? Welche Mittel stellen Sie dafür bereit? – Das geht aus diesem Haushalt nicht hervor. Sie verweigern sich dem Dialog, denn runde Tische seien ein Instrument der Vergangenheit. Das ist Ihr Stil.

Der Haushalt ist die Ausgestaltung Ihrer politischen Inhalte und Ziele. Er ist Ausblick auf das, was Sie im nächsten Jahr vorhaben. Er zeigt, welche Maßnahmen Sie mit Geld hinterlegen möchten. Das ist zumindest der Idealfall. Tatsächlich setzt Ihr Haushalt nämlich nur fort, was seit Jahren Stand der Dinge ist.

Die CDU-Fraktion hat gestern Mittag 18 Pressemitteilungen verschickt. Die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher erklären darin lauter Einzelmaßnahmen. Das bestätigt noch einmal das grundsätzliche Problem Ihrer Politik: Sie liefern Stückwerk ab, wo es ein geschlossenes Konzept bräuchte.

Herr Laschet lobte heute Morgen die Ruhe und Besonnenheit der Schulministerin. Ich will dem Ministerpräsidenten gar nicht groß widersprechen, aber wie wäre es mit Entschlossenheit, Verlässlichkeit und einem Gestaltungswillen? – Das sind die Charakterzüge, die in der Krise gebraucht werden. Das ist es,

was von allen Akteuren in den Schulen seit Monaten gefordert wird.

(Beifall von der SPD)

Diese Punkte scheint auch der Ministerpräsident nicht zu sehen, denn sonst hätte er es gesagt. Dann wäre er Ihnen in den letzten Monaten auch nicht so oft in die Parade gefahren.

Abschließendes Fazit meiner Fraktion: Dieser Haushalt ist eine Fortschreibung des bisherigen. Falls Sie aus Corona Schlüsse ziehen, haben Sie sie nicht eingearbeitet. Mit welchen Maßnahmen Sie die von Ihnen rhetorisch immer wieder bemühte Bildungsgerechtigkeit erreichen wollen, bleibt unklar.

Ein Konzept, das dem gesellschaftlichen Wandel – gerade in dieser Situation – Rechnung trägt, ist nicht zu erkennen. Ein Konzept, das die Familien berücksichtigt, ist auch nicht zu erkennen.

(Marc Lürbke [FDP]: Das ist in Ihrer Rede auch nicht zu erkennen!)

Ein Konzept, das den Anforderungen einer Schule der Zukunft dient – nicht erkennbar. Der Haushalt sollte zeigen, welche Schlüsse Sie aus der Pandemie ziehen. Tatsächlich zeigt er, welche Schlüsse Sie nicht ziehen. Weltbeste Bildung – weit gefehlt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit und Glück auf.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der CDU spricht nun die Abgeordnete Frau Schlottmann.

Claudia Schlottmann^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 24 % – 24 % für unsere Kinder, 24 % für unsere Zukunft, 24 % für unser Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Schulhaushalt stellt mit einem Anteil von 24 % den größten Einzelanteil in unserem Haushalt dar.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Hört, hört!)

Wir planen ein Ausgabenvolumen für 2021 für den Einzelplan Schule und Bildung von insgesamt 20,5 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs von 450 Millionen Euro im Vergleich zum Haushaltsjahr 2020. Damit nicht genug: Wir heben die Schul- und Bildungspauschale erneut an: von rund 682,7 Millionen Euro auf über 723 Millionen Euro. Das bedeutet: Seit Regierungsübernahme 2017 hat diese Landesregierung die Schul- und Bildungspauschale um insgesamt 123 Millionen Euro angehoben.

(Beifall von der CDU und Martina Hannen [FDP])

Das ist ein Plus von 20,5 %. Diese Erhöhung ist gerade jetzt ein ausgesprochen wichtiger Impuls. Wir wollen die öffentlichen Schulträger in diesen schwierigen Zeiten besonders bei der Sanierung, der Modernisierung und auch bei der Digitalisierung unserer Schulen unterstützen. Da, meine Damen und Herren, sind unsere Maßnahmen im Rahmen des NRW-Rettungsschirmes noch gar nicht inbegriffen.

Wir hatten ein Jahr voller Herausforderungen und schneller Entscheidungen. An dieser Stelle möchte ich sagen: Jede Investition war richtig und notwendig. So haben wir zur Bewältigung der indirekten und direkten Folgen der Coronapandemie im Bereich Schule und Bildung einiges auf den Weg gebracht. Wir haben als einziges Bundesland ein Sofortprogramm für die Ausstattung unserer Lehrerinnen und Lehrer mit digitalen Endgeräten aufgelegt.

(Beifall von der CDU)

Das sind über 103 Millionen Euro.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Jahrelang ausgeurteilt!)

Daneben haben wir den Ausbau von LOGINEO beschleunigt und zusätzliche Landesmittel im Rahmen der Zusatzvereinbarung zwischen Bund und Land zum Digitalpakt Schule veranschlagen können.

Wir gehen noch einen Schritt weiter, denn gerade benachteiligte Schülerinnen und Schüler durften und dürfen nicht unter der Pandemiesituation leiden. Deswegen haben wir ein Sofortprogramm von über 55 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Denn jedem Schüler in diesem Land muss die Teilnahme am Unterricht auf Distanz, sei es mit Laptop, Notebook oder Tablet, möglich sein.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Warum denn?)

Unser Ziel ist klar: Wir unterstützen unsere Schulen in Pandemiezeiten und ermöglichen, wenn die Infektionslage nichts anderes zulässt, den Distanzunterricht, und das – im Gegensatz zu anderen Ländern – auch in einem rechtssicheren Rahmen.

(Beifall von der CDU und Martina Hannen [FDP])

Doch das Thema „Digitalisierung“ spielt für uns als NRW-Koalition auch außerhalb der Pandemie eine wichtige Rolle. So veranschlagen wir im Haushalt 2021 222.000 Euro zusätzliche Landesmittel für den DigitalPakt Schule.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir 2017 angetreten sind, um den entstandenen Nachholbedarf schnellstens zu beseitigen und unsere Schulen endlich fit für ein modernes Lernen zu machen, wussten wir von Anfang an, dass wir eine Mammutaufgabe zu bewältigen haben. Was Sie

sieben Jahre nicht im Ansatz geschafft haben, arbeiten wir jetzt sogar unter Coronabedingungen nach.

(Beifall von der CDU und Martina Hannen [FDP])

Deswegen veranschlagen wir nun weitere 9,5 Millionen Euro für das Lernen und Lehren in der digitalen Welt. – Was heißt das genau?

Wir finanzieren die Medienberatung NRW, um Schulen und Schulträger bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung mit digitalen Medien zu unterstützen.

Auch LOGINEO NRW, unser datensicheres Lehrprogramm, für Schüler und Lehrer gleichermaßen nutzbar, fällt unter diesen Haushaltsposten.

Daneben setzen wir an dieser Stelle auf Medienberater zur Begleitung der Entwicklung fachorientierter Lernmittel und lernförderlicher Ausstattungskonzepte.

Doch neben der technischen Ausstattung ist es vor allen Dingen wichtig, dass unsere Schülerinnen und Schüler lernen, verantwortungsvoll mit diesen Medien umzugehen. Daher möchte ich nun ein besonderes Augenmerk auf unseren Medienkompetenzrahmen lenken. Wir verankern systematisch im Curriculum den Erwerb von Anwendungskompetenzen, schulen eine kritische Medienkompetenz und vermitteln unseren Kindern informatische Grundkenntnisse.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir auch in Zukunft das Land der Innovativen und Fortschrittlichen bleiben möchten, müssen wir jetzt in unseren Klassenzimmern anfangen. Das geht über Inhalte, über moderne Lernmittel und mit der Lehre, wie man mit diesen umgeht. Ich finde, dass wir hier seit 2017 auf einem ausgesprochen guten Weg sind.

(Beifall von der CDU und Martina Hannen [FDP])

Lassen Sie uns jetzt einen Blick auf die Menschen werfen, die Schule erst lebendig machen. Neben den Schülern und ihren Eltern sind das vor allen Dingen unsere Lehrkräfte. Im Haushalt 2021 können wir insgesamt 2.750 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer aufweisen.

Besonders unsere Jüngsten sollen von einer verbesserten Lehrerversorgung profitieren. Denn wo wird der Grundstein für eine gute Schulausbildung gelegt, meine Damen und Herren? – Richtig: besonders in den ersten Schuljahren. Das war auch gestern in der Anhörung, die wir an dieser Stelle hatten, sehr deutlich Thema.

Deshalb schaffen wir 1.400 zusätzliche Lehrerstellen an unseren Grundschulen, 450 Stellen speziell für die Schuleingangsphase im Rahmen des Masterplans Grundschule, und weiten die sozialpädagogischen Fachkräfte auf insgesamt 1.745 aus. So

gewährleisten wir eine bestmögliche Unterstützung in der Schuleingangsphase.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ein Spartopf ist das! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Was ist dein Problem? – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ein Spartopf ist das!)

Auch das Angebot des Offenen Ganztags gehen wir an und erweitern es im Primarbereich um 25.000 Plätze.

Doch wir alle wissen, meine Damen und Herren: Es ist ungemein wichtig, dass wir neben den Jüngsten vor allem auch die benachteiligten Schülerinnen und Schüler im Blick haben. Ein gutes Bildungssystem zeichnet sich schließlich vor allem dadurch aus, dass es genau diese Schüler auffängt und ihnen Zukunftsperspektiven bietet.

(Beifall von der CDU und Martina Hannen [FDP])

Daher ist es für uns eine Herzensangelegenheit, dass wir nun eine langfristige Finanzierung der Schulsozialarbeit in unserem Land verankern und die Schulpsychologie mit weiteren Stellen ausbauen konnten.

Daneben freue ich mich ganz besonders über die neuen Stellen zur Ergänzung der pädagogischen Arbeit durch multiprofessionelle Teams. Durch den dauerhaften Einsatz dieser Teams können die Kinder und Jugendlichen bestmöglich gefördert, eventuelle Problemlagen gemildert bzw. vermieden und Kontinuität hergestellt werden. So profitieren insbesondere Schulen des Gemeinsamen Lernens, die ohnehin bereits hinsichtlich sozialräumlicher Gegebenheiten mit besonderen Herausforderungen umgehen müssen.

Ich fasse zusammen: 47,7 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit, 2,8 Millionen Euro für den Masterplan Grundschule, 9,5 Millionen Euro für Lehren und Lernen in der digitalen Welt, 724 Millionen Euro für die Schul- und Bildungspauschale und – nicht zu vergessen – insgesamt 3.400 neue Stellen für mehr Lehrerinnen und Lehrer, für Schulverwaltungsassistenten und, wie bereits ausführlich erläutert, für viele wichtige Tätigkeiten rund um den Schulalltag.

(Beifall von der CDU und Martina Hannen [FDP])

Insgesamt können wir also festhalten: Seit Regierungsübernahme haben wir den Schuletat um 2,7 Milliarden Euro erhöht. Das entspricht einem Zuwachs von sage und schreibe 15,7 %, meine Damen und Herren. Das ist zukunftsorientierte Bildungspolitik.

Ich hoffe, dass wir uns zumindest in diesem Punkt alle einig sind: Bei den Themen „Schule“ und „Bildung“ darf gerade jetzt nicht gespart werden. 2021 wird ein Jahr, in das wir ungewiss starten und

bezüglich dessen wir noch nicht wissen, wo es uns hinführt. Gerade vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, nun die Weichen zu stellen und unseren Schülerinnen und Schülern Stabilität und Verlässlichkeit zu bieten.

Es ist keine Zeit für Schauspiel und gespielte Empörung. An dieser Stelle möchte ich Sie, verehrte Kollegen von der SPD und von den Grünen, besonders bitten: Lassen Sie uns sachlich und konstruktiv diskutieren, damit wir gemeinsam in dieses Jahr der Ungewissheit gehen können. Denn das sind wir unseren Schülern und Schülerinnen schuldig. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich ausdrücklich für die Tonlage, Frau Schlottmann, in der Sie heute hier gesprochen haben. Das ist in der Tat eine gute Grundlage, damit man auf dieser Ebene miteinander reden kann. Es ist nämlich eine neue Tonlage. Das finde ich sehr bemerkenswert. Herzlichen Dank dafür, Frau Schlottmann.

Grundsätzliches hat Frau Voigt-Küppers gesagt. Frau Schlottmann hat dankenswerterweise viele Daten und Zahlen hier schon genannt präsentiert. Deswegen kann ich nun konkreter werden. Das möchte ich auch gerne tun.

Zunächst einmal gestehe ich ein – darüber freue ich mich auch –: Ja, es ist richtig; da steht viel auf dem Haushaltspapier. Wir begrüßen ausdrücklich, dass weiterhin Investitionen in Bildung getätigt werden und notwendige Entscheidungen gerade auch in Bezug auf die Schulsozialarbeit getroffen worden sind. Ich hoffe, dass die Stellen alle noch besetzt sind. Denn es ist ja die Frage, wie die Träger und die Kommunen damit umgehen konnten. Da ist also ein großer Personalbestand vorhanden.

An anderen Stellen – das ist leider auch zu konstatieren – ist dieses Haushaltspapier allerdings ein Papiertiger,

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

weil die dringend benötigten Ressourcen gar nicht in den Schulen und vor allen Dingen nicht da, wo sie am meisten gebraucht werden, ankommen. Deshalb bleibt das Paradoxon auch bestehen, unabhängig davon, wie viel jetzt im Haushalt ausgewiesen ist. Denn das größte Sparschwein des Finanzministers steht weiterhin im Büro der Schulministerin. Wenn

die Mittel nicht verausgabt werden, nützt das den Schulen gar nichts, und dann nützt auch die Bilanz im Haushaltspapier nichts.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Ich meine hier vor allem die Signale, die politisch gesetzt werden und dann durch das von der Ministerin mitzuverantwortende Verwaltungshandeln umgesetzt werden sollen. Es ist nämlich fatal, was in der Praxis konkret passiert. Dafür möchte ich Ihnen Beispiele geben.

Klar, das Thema „A13“ muss angesprochen werden. Unseren Antrag, wenigstens zum Einstieg in die Umsetzung des A13-Versprechens zu kommen, haben Sie im Schulausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss zum wiederholten Male abgelehnt. Gestern durften wir hier in einem Fachgespräch von der GEW noch einmal hören, wie desaströs die Lage bei den zu besetzenden Stellen in den Grundschulen ist.

Wir brauchen endlich die konsequente Umsetzung der mit der Lehrerausbildungsnovelle verbundenen Eingruppierung in A13 zur Anerkennung der Arbeit der Kolleginnen an den Grundschulen und in der Sekundarstufe I gerade in dieser herausfordernden Situation.

Es bedarf auch einer Attraktivitätssteigerung der Lehrämter. Sonst können Sie sich die Werbekampagne wahrlich sparen, Frau Ministerin.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer A sagt, muss auch Besoldung sagen. Das sieht der Kollege Lürbke offensichtlich genauso, der in seiner Rede vollkommen zutreffend Dank und Wertschätzung für die Polizei unterstrichen hat, aber auch gesagt hat, dass es dafür einer entsprechenden finanziellen Unterstützung bedarf. Das gilt jedoch nicht nur für das Innenressort. Das muss auch für die Grundschulen und die Sekundarstufe I gelten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In diesem Zusammenhang bitte ich um konsistentes Handeln in der Landesregierung.

Nun klopfen Sie sich auf die Schulter, Frau Ministerin, und rühmen sich für die Schaffung von Beförderungstellen im Umfang von 5 % im Bereich der Grundschulen. Das sind 1.838 Stellen im Haushalt, von denen 582 auf Konrektoren entfallen. Somit bleiben ganze 1.256 Stellen für knapp 50.000 Stelleninhaberinnen. Das ist noch nicht einmal eine Stelle pro Grundschule, von denen es im Augenblick gut 2.700 gibt.

Einmal abgesehen davon, dass die Kriterien noch gar nicht feststehen, nach denen die Besetzung vollzogen werden soll, ist an fünf Fingern abzuzählen, was jetzt passiert. Auf die wenigen Stellen wird es eine enorm große Zahl von Bewerbungen geben.

Ausschlaggebend sollen dabei die Beurteilungen der Schulleitungen sein, wie die Schulministerin auf unsere Anfrage geantwortet hat. Die Schulaufsicht entscheidet dann nach Bestenauslese. Damit hat den ersten Schwarzen Peter die Schulleitung und den zweiten die Schulaufsicht. Denn es wird eine Vielzahl von bestbewerteten Kolleginnen geben, die sich berechnete Hoffnungen auf die verdiente Beförderung machen. Ein Bruchteil davon wird überhaupt nur Berücksichtigung finden. Für die anderen bleibt lediglich Frust. So schafft man keine Wertschätzung und keine Anerkennung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vor allen Dingen ist das ein fatales Signal in einem System, in dem alle am Anschlag arbeiten. Ich verweise hier erneut auf den Kollegen Lürbke.

Ob und wann die raren Stellen überhaupt ausgeschrieben werden, ist auch noch fraglich. Schließlich kommt jetzt die nächste Engstelle dazu. Das erleben die Gesamtschulen gerade schmerzlich, deren Schulleitungen von einer Bezirksregierung mitgeteilt bekommen haben, dass die Beförderungsstellen, deren Einführung durchaus löblich ist – darin haben wir Sie auch absolut unterstützt, Frau Ministerin –, nicht ausgeschrieben werden, weil es keine personellen Kapazitäten dafür gibt.

Zusätzlich wurde Personal für die Corona-Soforthilfe abgezogen. Das ist auch wichtig und existenzsichernd für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Das ist unbestritten. Aber warum wird vonseiten des Wirtschaftsressorts keine hinreichende Unterstützung dafür sichergestellt, sondern diese aus dem Schulkapitel abgezogen? Das kann doch nicht sein – vor allen Dingen nicht in dieser Lage, in der Schulen am Anschlag arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gleichzeitig wird den Schulen auch noch mitgeteilt, dass Vertretungsstellen erst ab einer Achtwochenfrist beantragt werden können und dass es mindestens eine halbe Stelle sein muss.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Das können wir aber doch schon beantworten! Das ist unredlich!)

– Ich kann es Ihnen zeigen, wenn Sie es nicht glauben wollen. – Dringend benötigte Unterstützung erreicht die Schulen somit erst gar nicht. Das gilt auch für die Inklusionsstellen, die nicht besetzt sind.

Deswegen ist es auch eine Irreführung und ein Hohn, wenn Ihre Rechtsverordnung zum Distanzunterricht verfügt, dass erst Vertretung, Vertretung, Vertretung erfolgen muss, bevor überhaupt an den Einsatz von Distanzlernen auch in Teilgruppen gedacht werden kann. So fahren Sie das System vor die Belastungswand. Das gilt vor allem auch für die Belastungs-

grenzen von Schulleitungen sowie Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Während das Remonstrieren von Kolleginnen und Kollegen bei dem Ministerium und den nachgeordneten Behörden ins Leere läuft, werden Schulleitungen, die sich öffentlich zu den Problemlagen in den Schulen äußern, persönlich gemahnt, dies zu unterlassen.

Wie Anfragen zur Lage der Schule aus Sicht der Schulverwaltung zu beantworten sind, zeigt die Hilfestellung zur Kommunikation – so will ich es einmal nennen –, die die Bezirksregierung Münster Schulleitungen übermittelt hat. Die Reaktionen zeigen deutlich, dass diese Vorlage eben nicht die Vertrauenswürdigkeit fördert, weder nach innen noch nach außen, Frau Ministerin. Es helfen nur maximale Offenheit und Transparenz. Ein verordnetes Schönreden der Situation hilft nicht. Sie können Eltern, Schüler*innen, Lehrkräfte und Schulleitungen nicht für dumm verkaufen.

Zudem halten wir Ihnen vor, dass Sie nicht systematisch in Kooperation mit den Hochschulen dafür sorgen, dass Studierenden insbesondere im Praxissemester, aber auch darüber hinaus Verträge als Lernbegleiterinnen angeboten werden, gerade für die Kinder, die eine solche Lernbegleitung dringend benötigen, unabhängig davon, ob eine Schule Distanzlernen praktiziert oder nicht. Es geht darum, die Präsenz für Kinder in kleinen Gruppen zu sichern. Wir wissen aus den Erfahrungen des ersten Lockdowns, dass diese Kleingruppenarbeit sehr zum Lernerfolg der Kinder beigetragen hat. Deswegen sollte dies auch jetzt im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit angestrengt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme nun noch auf den Mitteleinsatz zu sprechen. Der Finanzminister preist die 400 Millionen Euro für die Digitalisierung an. Es ist insgesamt gut – das möchte ich an dieser Stelle auch betonen –, dass der Bund, das Land und die Kommunen gemeinsam Geld in die Hand nehmen, um die digitale Ausstattung von Kindern und Jugendlichen sowie von Lehrkräften voranzubringen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Förderlinien erst mitten in den Sommerferien das Licht der Welt erblickt haben und es in ihnen dann auch noch heißt: „Kommunen, macht mal!“, ist das aber kein Ruhmesblatt für Verwaltungshandeln.

Damit sind wir bei einem Grundproblem, das bereits angesprochen worden ist. Ich meine das häufig kontroproduktive Verwaltungshandeln und eine Kommunikation, die mehr chaotisiert, als dass sie zielführend und klar ist. Oft genug erfahren die Schulen erst aus der Presse von den Plänen. Aber – das möchte ich tröstend hinzufügen – da geht es uns als Parlament auch nicht anders. Die Ankündigung löst dann

wiederum Fragen über Fragen aus, ohne dass die Ministerin direkt sprechfähig ist – Stichwort „Weihnachtsferien“. Dass die Ministerin schon knapp zwei Wochen nach der Presseankündigung hierzu präzisiert, ist ja schon fast rekordverdächtig.

Mein Fazit lautet: Ich freue mich über jede Verbesserung im Haushalt. Aber sie muss auch tatsächliche Verbesserungen für die Schulen vor Ort nach sich ziehen, und zwar für alle Schulformen, gerade für die Grundschulen und für die Schulen, die sich der Aufgabe der Integration und der Inklusion annehmen. Das geht von der Grundschule bis hin zum Berufskolleg. Es kann nicht sein, dass lediglich die Vorgriffstellen und damit die Ressourcen für das Gymnasium gesichert werden, also nur für eine Schulform, während die anderen vergeblich warten.

Während die Stellenbesetzungen und die Besoldungsverbesserungen nicht umgesetzt werden, erleben wir, dass die Ungleichheit im System noch weiter verstärkt wird.

Ich möchte noch einen Punkt in Bezug auf die Berufskollegs ansprechen. Frau Ministerin, ich bitte Sie dringend, die vorhandenen Mittel zu nutzen, um auch die kleinen Fachklassen im ländlich strukturierten Raum zu sichern. Was uns dort derzeit wegbricht, werden wir nicht wieder aufbauen können. Das ist eine vorrangige Angelegenheit, um deren Umsetzung ich Sie hiermit bitte. Genügend Mittel sind im Haushalt vorhanden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] und Regina Kopp-Herr [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der FDP hat die Abgeordnete Frau Hannen das Wort.

Martina Hannen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mir den Dank nicht verkneifen, liebe Frau Voigt-Küppers. Vielen herzlichen Dank, dass Sie erkannt haben, dass dieser Haushaltsplan des Ministeriums eine großartige Fortführung der letzten Haushalte ist. Genau das trifft es. Schön, dass Sie das erkannt haben. Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieser Haushalt 2021 ist außergewöhnlich, meine Damen und Herren, und zugleich typisch für die Koalition – außergewöhnlich, weil auch das kommende Jahr unter dem Zeichen von COVID-19 und den Auswirkungen der Pandemie auf unser Leben stehen wird, und typisch, weil auch in diesem Jahr coronabereinigt trotz Rekordausgaben keine neuen Schulen gemacht werden.

Der Haushalt 2021 bewegt sich im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung und weist mit seinem

Volumen von 84 Milliarden Euro einen Aufwuchs von rund 3 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr auf. Er unterstreicht erneut den Willen der NRW-Koalition, zielgerichtet in unsere Zukunft zu investieren und gleichzeitig auf eine solide Haushaltspolitik zu achten. Ich denke, darauf können wir sehr stolz sein.

Dies gilt selbstverständlich auch für den Einzelplan 05, der mit seinen 20,45 Milliarden Euro erneut den größten Einzelplan bildet und rund ein Viertel des Gesamthaushaltes ausmacht. Er enthält ein erneutes Plus von rund 0,45 Milliarden Euro.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das ist systemimmanent!)

Meine Damen und Herren, seit der Regierungsübernahme im Jahr 2017 ist der Schuletat somit um insgesamt 2,7 Milliarden Euro – das sind satte 15,7 %; liebe Frau Schlottmann, ich wiederhole das gerne – gewachsen.

(Beifall von der FDP und Kirstin Korte [CDU])

Damit unterstreicht die NRW-Koalition erneut ihren Willen, vor allem in beste Bildung und folgerichtig in unser aller Zukunft zu investieren.

Deutlich wird dies aber auch außerhalb des Einzelplans 05 an der Schul- und Bildungspauschale mit einem erneuten Plus von 40 Millionen Euro zum Vorjahr zum Wohle unserer Kommunen.

Wir verbessern aber nicht nur die strukturelle Finanzierung der Bildung, sondern setzen mit diesem Haushalt auch erneut inhaltliche Schwerpunkte und führen unsere begonnene Arbeit konsequent fort.

Dies zeigt sich deutlich an der Entwicklung des Stellenplans. Im Haushaltsplan 2021 sind im Vergleich zum Haushalt 2020 netto zusätzlich 3.347 Stellen vorgesehen. 2.748 davon entfallen auf den Lehrstellenhaushalt und 626 auf den Verwaltungsstellenhaushalt. Allein 1.609 zusätzliche Stellen entfallen auf den Masterplan Grundschule, und davon sind allein 1.409 Lehrerstellen.

Denn wir wissen – das ist ganz wichtig –: Bildungsgerechtigkeit muss bei den Kleinsten ansetzen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hier brauchen wir besonders gute Startbedingungen. Deshalb investieren wir hier gezielt und von der Wissenschaft begleitet und sorgen für eine Finanzierung notwendiger und wichtiger Aufgaben in den Grundschulen.

Im Einzelnen heißt dies unter anderem: 450 zusätzliche Stellen für die Schuleingangsphase, 250 Stellen für zusätzliche Anrechnungsstunden, die von 0,2 Entlastungsstunden pro Lehrkraft auf 0,4 Stunden angehoben werden, 400 Stellen für die Schulverwaltungsassistenz, 300 Stellen zur Unterstützung des Gemeinsamen Lernens in der Primarstufe und 70

Stellen für den herkunftssprachlichen Unterricht. Sie sehen: ein absolut komplettes, kompaktes Paket.

Zu diesen neuen Stellen für die Grundschulen kommen zusätzlich rund 6,3 Millionen Euro für die Beförderungsstellen. 2,75 Millionen Euro fließen in den Grundschulfonds. Für uns ist es selbstverständlich, dass auch kleinere Grundschulen ab dem kommenden Schuljahr eine Stelle für einen Konrektor oder eine Konrektorin erhalten. Allein hierfür stehen 582 Stellen nach A13z zur Verfügung.

Für die Lehrerinnen und Lehrer schaffen wir Perspektiven an unseren Grundschulen. 1.256 Stellen der Besoldungsgruppe A12 werden zum kommenden Schuljahr auf A13 gehoben. Wir haben hohe Erwartungen an unsere Grundschulen und die Lehrkräfte vor Ort, und wir sorgen für einen Rahmen, in dem gerne gute Arbeit geleistet wird und geleistet werden kann.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte Ihnen ein weiteres Beispiel aus diesem Haushaltsentwurf nennen, an dem sehr gut erkennen kann, wie die NRW-Koalition arbeitet, nämlich nachhaltig und vorausschauend – frei nach dem Motto „heute bereits an morgen denken, wenn wir heute schon etwas besser machen können“. Deshalb haben wir in diesem Haushaltsentwurf 1.450 Stellen für Vorgriffseinstellungen an Gymnasien hinterlegt, um den Bedarf an Lehrkräften durch die Umstellung auf G9 im Jahr 2026/2027 frühzeitig in den Blick zu nehmen und einer weiteren Verschärfung des von der Vorgängerregierung geschaffenen Lehrkräftemangels vorzubeugen.

Ganz deutlich kann man hier sagen: Wir hätten uns von unserer Vorgängerregierung ein ähnlich vorausschauendes und weitsichtiges Handeln erwünscht.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das ist doch unglaublich!)

Dann hätten wir heute deutlich weniger Probleme. Das muss einmal sehr deutlich erwähnt werden, auch in diesem Rahmen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das haben Sie schon oft genug erwähnt!)

– Frau Voigt-Küppers, es freut mich immer, wenn Sie sich melden.

Apropos Vorgängerregierung: Für die notwendige Neuausrichtung der Inklusion sind in diesem Haushaltsentwurf ebenfalls 753 neue Stellen in der Sekundarstufe I vorgesehen.

Außerdem haben wir die Stellen für die Schulverwaltungsassistenz von 2017 bis 2021 von 212 Stellen um 613 Stellen auf nun 825 Stellen gesteigert. Das ist ein Anstieg von rund 390 %. Man muss sich das

vorstellen: 390 %, und immer noch gibt es Grund, hier zu meckern, Bedenken vorzutragen und immer noch nicht zufrieden zu sein. Das hat anscheinend System, meine Damen und Herren.

Persönlich freut mich zudem, dass wir mit diesem Haushaltsentwurf auch 169 Stellen für die Schulverwaltungsassistenz an den Berufskollegs bereitstellen. Damit erhält jedes Berufskolleg in Nordrhein-Westfalen eine Schulverwaltungsassistenz. Wir entlasten damit die Kolleginnen und Kollegen vor Ort und geben mehr Freiraum für die wichtige pädagogische Arbeit.

Darüber hinaus stellen wir 50 weitere Stellen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung bereit und erhöhen die Zuschüsse zur Aufstiegsfortbildungsförderung um 64,4 Millionen Euro.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Haushaltsentwurfs ist der Ausbau der Offenen Ganztagschule. Wir schaffen 25.000 neue Ganztagsplätze ab dem Schuljahr 2021, sorgen für eine Ausfinanzierung der neu geschaffenen Plätze und sichern eine jährliche Erhöhung der Fördersätze um 3 %.

Dieser Haushaltsentwurf enthält noch weitere wichtige Weichenstellungen, die ich nur kurz anreißen möchte: die Stärkung der immer wichtiger werdenden schulpсихologischen Arbeit, eine Verbesserung der Sachschulfinanzierung sowie in einem ersten Schritt die Übernahme von 47,7 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit aus dem Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Weiterhin wird dieser wichtige Baustein durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Ministeriums für Schule und Bildung, des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration sowie kommunaler Spitzenverbände zukunftssicher aufgestellt. Damit wird die Grundlage gelegt, die Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen langfristig zu sichern und noch zusätzlich zu stärken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und Kirstin Korte [CDU])

Lassen Sie mich zum Abschluss auch einige Worte zu der aktuellen Coronapandemie und dem Umgang mit dieser außergewöhnlichen Situation sagen. Die Pandemie hat – Vorrednerinnen sagten das schon – wie ein Brennglas die bestehenden Probleme in unserem Bildungssystem für jeden ersichtlich offengelegt und allen Beteiligten – den Lehrerinnen und Lehrern, den vielen weiteren Professionen, den Schülerinnen und Schülern, den Eltern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Schulministerium, in den Bezirksregierungen und in den Schulämtern vor Ort – viel abverlangt. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die diesen Weg bisher so großartig gegangen sind und so vieles geleistet haben.

(Beifall von der FDP und Kirstin Korte [CDU])

Innerhalb kürzester Zeit mussten in einer Situation maximaler Unsicherheit beinahe täglich schwierigste Entscheidungen getroffen und gleichzeitig die bestehenden Probleme gelöst werden. Über den Corona-Rettungsschirm wurden die OGS-Beiträge erstattet, 18 Millionen Euro für die digitale Fortbildung bereitgestellt, mit 40 Millionen Euro LOGINEO NRW den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt und die Ferienbetreuung ausgebaut.

Mit dem Sofortausstattungsprogramm hat das Land die notwendige Digitalisierung unseres Bildungssystems weiter forciert. Schülerinnen und Schüler können auf eine funktionierende IT-Ausstattung zurückgreifen, und die Lehrkräfte werden landesweit mit digitalen Endgeräten ausgestattet. Damit wird digitaler Unterricht, so denn nötig, ermöglicht.

Meine Damen und Herren, eines möchte ich hier deutlich sagen. Frau Voigt-Küppers sprach es gerade an. Ich möchte an dieser Stelle unserer Schulministerin Yvonne Gebauer gerade ausdrücklich für ihre Entschlossenheit und für ihre Besonnenheit im Handeln in den letzten Monaten danken – stellvertretend, liebe Ministerin Gebauer, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium.

In einer schwierigen Zeit zeugt dieser Haushaltsentwurf von den Zielen, die wir miteinander erreichen wollen. Die NRW-Koalition geht konsequent ihren eingeschlagenen Weg weiter –

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

für beste Bildung und für solide Finanzen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das geht tatsächlich beides zusammen. Man muss es nur wollen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der AfD spricht der Abgeordnete Herr Seifen.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen eines Parlaments werden deshalb die Sternstunde der Demokratie genannt, weil in diesen Debatten über die richtige Verteilung von Staatsgeldern für das kommende Jahr gestritten wird. Weil mit der Verteilung von Staatsgeldern politische, gesellschaftliche und strukturelle Entwicklungen so gesteuert werden, dass gegenwärtige Bedürfnisse unterschiedlich berücksichtigt werden sowie zukünftige Entwicklungen von Staat und Gesellschaft gehemmt oder beschleunigt werden können, ist diese Debatte so wichtig.

Denn wie falsche Entscheidungen bei der Steuergeldverteilung die Entwicklung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend ruinieren können, kann man teilweise am Land NRW sehen. Besonders fatal ist es, wenn der Bildungsbereich mit dem Steuergeld in eine falsche Richtung gelenkt wird, weil man irgendwelche ideologisch begründete Entwicklungen einleiten will und dabei bedenkenlos bewährte herkömmliche Strukturen zerstört. Hier werden dann gleich für Jahrzehnte Fehlentwicklungen festgeschrieben.

Heute im Jahre 2020 sind die Verwerfungen, zu welchen diese Fehlsteuerungen in den letzten Jahrzehnten geführt haben, nicht mehr zu verbergen und für jedermann sichtbar, der nicht als Ignorant durch die Welt geht: besorgniserregende schulische Leistungen bei zahlreichen Schülerinnen und Schülern; Mängel in den Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen und Schreiben und unter anderem daraus resultierend fehlende Ausbildungsreife zahlreicher junger Leute, die in eine Berufsausbildung eintreten wollen; fehlende Studierfähigkeit bei einigen Abiturienten, worauf die hohe Zahl an Studienabbrechern hinweist; Motivationsschwierigkeiten in den Lerngruppen und damit einhergehend ein Anstieg der Zahlen von Schulabbrechern und jungen Menschen ohne Schulabschluss; weit verbreitet jedenfalls gravierende Disziplinschwierigkeiten an einzelnen Schulen verbunden mit Mobbingverhalten mit der Folge, dass eine Lernatmosphäre nicht entstehen will; gewollter – gewollter! – Autoritätsverlust der Lehrkräfte und nun auch gravierender Lehrermangel.

Damit können die oben genannten Fehlentwicklungen immer weniger aufgehalten bzw. repariert werden.

Dieser Zustand ist glücklicherweise nicht an allen Schulen zu beobachten. Wir haben im Land noch eine große Anzahl gut bis sehr gut funktionierender Schulen. Aber der Andrang bei den Privatschulen zeigt doch deutlich, dass immer weniger Eltern dem öffentlichen Schulwesen vertrauen. Insgesamt sind die Schülerzahlen leicht gesunken. Der Schülerstand an den Privatschulen ist nominell gleich geblieben. Das heißt, realiter ist damit die Schülerzahl an den Privatschulen gestiegen.

Dem vorliegenden Einzelplan des Haushalts 2021 für den Bereich „Bildung und Schule“ kann man Steuerungselemente entnehmen, welche auf die oben beschriebene Problematik eingehen und eine Umsteuerung vornehmen wollen.

So begrüßt die AfD-Fraktion ausdrücklich, dass der Schuletat erhöht wird und der größte Zuwachs bei Personalausgaben seit 2017 zu verzeichnen ist. Wenn in diesem Zusammenhang die Zahl der Schullehrerinnen und Schullehrer ausgeweitet wird, dann bewirkt das eine Entlastung des Lehrpersonals von unterrichtsfremden Aufgaben und damit eine Ausweitung des

Lehrdeputats an einzelnen Schulen. Ein Lehrer, der für eine Fremdtätigkeit keine Anrechnungsstunden mehr bekommt, kann natürlich mehr Unterricht geben.

Auch die Personaldifferenzierung an den Grundschulen mit Aufstiegsmöglichkeit dient der Attraktivität des Lehramts an den Grundschulen. Doch dies alles wird das Grundproblem des Lehrermangels leider nicht beheben. Solange Sie, die schwarz-gelbe Regierung und die sie tragenden Parteien, die Ursachen für die Fehlentwicklung der letzten 20 Jahre nicht beseitigen, werden Sie an den Symptomen nur herumdoktern können.

Es hat sich gezeigt, dass vor allem das neue Lehrerausbildungsgesetz vom Mai 2009 die größte Hürde für die Gewinnung eines angemessenen Nachwuchses von Lehrkräften an den Grund- und Hauptschulen darstellt. Solange es einen Numerus clausus für den Beginn des Studiums des Lehramtes gibt, solange jeder Student, jede Studentin gezwungen wird, Deutsch und Mathematik in gleicher Weise als Studienfach zu absolvieren, so lange werden Sie die Nachwuchsprobleme bei den Lehrern haben.

Das Gleiche gilt für die Arbeitsbedingungen an den Grundschulen. Die Heterogenität der Lerngruppen mit der Vorgabe, überwiegend freie Lernformen anzuwenden, überfordert alle Beteiligten ungeheuer. Anstatt hier umzusteuern, verstärken Sie das Problem noch. Sie setzen an den Grundschulen 3.862 Stellen für zieldifferentes Unterrichten im Rahmen der Inklusion ein. Dies ist finanziell, organisatorisch, vor allem aber pädagogisch-didaktisch ein ungeheurer Aufwand, mit dem das Gegenteil von dem erreicht wird, was eine gute Schule an Lernerfolg erreichen sollte.

Die Ergebnisse der Lernstandserhebungen zeigen es ganz deutlich: Die Leistungen der Grundschüler in den Grundfertigkeiten gehen dramatisch zurück. Durch das ideologisch motivierte Modell der Inklusion werden alle Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte vollkommen überlastet.

Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die Bestimmungen der Behindertenrechtskonvention von 2006 die Förderschulen ausdrücklich als integralen Bestandteil eines Schulsystems betrachten, das gerade den Kindern mit Förderbedarf die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Hier trauen Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, sich nicht, umzusteuern, obwohl die Probleme für jeden sichtbar sind.

So helfen Ihnen auch die besten Lehrerwerbekampagnen nichts, vor allem dann, wenn sie so infantil angelegt sind wie die letzte Werbekampagne. Die hierfür eingesetzten Mittel von 1,5 Millionen werden verpuffen wie ein Silvesterfeuerwerk, das dieses Jahr wohl dadurch ersetzt werden soll. Deshalb fordert die AfD-Fraktion bei diesem Haushaltansatz eine deutliche Reduzierung.

Erstauslich ist auch die Tatsache, dass die schwarz-gelbe Landesregierung seit 2017 das rot-grüne Projekt QUA-LiS in Soest mit einem Mittelaufwuchs von 4,5 Millionen Euro weiterführt. Hier müsste dringend eine Überprüfung des Mitteleinsatzes auf seine Effizienz erfolgen.

Ineffizient ist auf jeden Fall die Personalpolitik im Rahmen der Qualitätsanalyse. Allein 21 Grundschulrektoren werden für die Durchführung der Qualitätsanalyse aus ihrem Amt herausgezogen und fehlen dann an den einzelnen Grundschulen. Auch hier beugt sich die schwarz-gelbe Regierung den Vorgaben der OECD, die mit pseudoobjektiven Messverfahren die Wirksamkeit pädagogisch-didaktischer Prozesse abbilden will.

Kybernetische Messinstrumente sind vollständig ungeeignet für das Testen von Leistungen im Bereich der Sinnerfassung und der Verstehensleistung. Hier zählt alleine das Instrument der Sprache. Dafür leistet der Haushalt viel zu wenig. Sie kürzen sogar noch die Mittel für die Sprachfeststellungsprüfung um 80.000 Euro.

Die AfD dagegen fordert, einen Haushaltstitel „Lesen und Schreiben“ einzuführen und ihn mit 5 Millionen Euro auszustatten. Die sprachlichen Schwierigkeiten erschweren nämlich hauptsächlich erfolgreiches Lernen an den Grundschulen oder verhindern es sogar. Hierfür müsste die Landesregierung viel mehr investieren.

Nicht akzeptabel ist der einseitige finanzielle Mehraufwand für Brennpunktschulen. Dass hier Probleme gelöst werden müssen, wird niemand bestreiten. Die Mittel, welche die Landesregierung dafür einsetzen will, werden versickern, wenn nicht energisch pädagogische und didaktische Korrekturen vorgenommen werden.

Vor allem das Wirken radikaler Kräfte aus dem muslimischen Umfeld sollte Anlass für größte Sorge sein. Mit Ihrer Laissez faire-Politik können Sie den brodelnden Hass von radikalen Islamisten nicht bändigen und kontrollieren. An unseren Schulen herrscht zum Teil ein Klima der Einschüchterung, insbesondere an Ihren Talentschulen, Frau Ministerin. Solange die Autorität der Lehrkräfte nicht wiederhergestellt wird, so lange wird keine angemessene Lernatmosphäre an diesen sogenannten Brennpunktschulen herzustellen sein. Einige Berliner Schulen haben erfolgreich vorgemacht, wie man solche Schulen führt.

Alles in allem kann man feststellen, dass der Haushalt versucht, den vor Jahrzehnten falschen Kurs in der Bildungspolitik zu korrigieren. Das wird aber so lange ohne Erfolg bleiben, wie Sie nicht Ihre Richtung vollkommen ändern, nämlich weg von einer Schule der Leistungs- und Erziehungsbefürwortung hin zu einer Schule, die den einzelnen Schüler in den Blick nimmt, ihm in einer geordneten Struktur ein dem-

entsprechendes Bildungsangebot macht und damit ihrem humanen Bildungsauftrag gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich gerne einige Aussagen der Opposition ins rechte Licht rücken.

Liebe Frau Voigt-Küppers, es stimmt: Sie, die Fraktion der SPD, aber auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben diverse Vorschläge zum Schulbetrieb in Pandemiezeiten gemacht. Ich habe an dieser Stelle, aber auch an anderer Stelle erklärt, warum diese Vorschläge für uns nicht umsetzbar sind. Sie haben mir das nie geglaubt und weiterhin deren Umsetzung gefordert. Ich habe Ihnen erklärt, dass auch viele der Mitstreiter, die ich in diesem Zusammenhang befragt habe, diese Vorschläge als nicht praktikabel erachten.

Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich gerne aus einer Stellungnahme der Rheinischen Direktorenvereinigung aus den vergangenen Tagen zu Vorschlägen ihrerseits zum Präsenz- und Distanzlernen, zum Schichtbetrieb zitieren. In deren Positionspapier wird beschrieben:

Die von bestimmten Verbänden und Politikern vorgelegte und häufig perpetuierte Auffassung, dass viele Schulleitungen sich eine Mischung aus Präsenz- und Distanzunterricht wünschen, entspricht für die Schulform Gymnasium nicht der Meinung der Mehrzahl der Schulleitungen. In vielen Schulen läuft der Präsenzunterricht dank der verbindlichen Maskenpflicht und der eingeführten Hygienemaßnahmen sehr erfolgreich. So ist die oft angeführte Verunsicherung der Schülerinnen und Schüler im Unterricht kaum zu spüren, weil die Schülerinnen und Schüler die Anwesenheit in der Schule nicht als Risiko übernehmen bzw. wahrnehmen, und hierfür besteht auch kein Grund.

Die Nutzung alternativer Räumlichkeiten – auch das wird von Ihnen immer gefordert; ein Abstand von 1,5 m durch eine Teilung der Lerngruppen –: Aufgrund der teilweise sehr kleinen Unterrichtsräume führt eine Teilung der Lerngruppen in zwei Hälften vielerorts nicht zur Möglichkeit, den Abstand von 1,5 m einzuhalten. So gibt es zum Beispiel in der Kölner Innenstadt Schulen, in denen die Mehrzahl der Räume so klein ist, dass sich dort bei 1,5 m Abstand nur sieben Personen gleichzeitig aufhalten können. Hier wäre eine Viertelung der Klassen erforderlich.

Die von diversen hochkarätigen Politikern insbesondere auf Bundesebene, aber auch von der Opposition in NRW immer wieder vorgetragene Idee, dass andere Räumlichkeiten genutzt werden sollen, zeigt einmal mehr, dass solche Ideen eines Faktenchecks bedürfen.

Die Nutzung – dann kommt eine Rechnung für die Stadt Pulheim, die ich Ihnen jetzt erspare – alternativer Räumlichkeiten erfordert eine Verdoppelung des Personals. Wir kämpfen aber bereits jetzt mit Lehrermangel oder so großen Räumen, die es von vornherein nur ganz vereinzelt gibt.

Das sind nur einige wenige Auszüge aus dem Positionspapier der Rheinischen Direktoren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ich glaube, das zeigt, warum wir Ihre Vorschläge an dieser Stelle nicht angenommen haben bzw. diesen nicht folgen konnten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Frau Ministerin, dass ich Sie an dieser Stelle unterbreche. Frau Kollegin Voigt-Küppers würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Dann machen wir das.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben gerade aus der Stellungnahme der Rheinischen Direktorenvereinigung vorgelesen. Eine Vielzahl von Eltern- und Schülerverbänden sowie von Betroffenenengruppen weist gemeinsam mit dem RKI darauf hin, dass die Pandemie neben dem Präsenzunterricht, den wir allen anderen Beschulungsmöglichkeiten vorziehen, sofern er möglich ist, noch andere Konzepte erfordert, wenn die Zahlen ansteigen, und stimmt genau den von uns vorgeschlagenen Konzepten zu. Ist Ihnen das bekannt?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Voigt-Küppers, das ist mir natürlich bekannt, und es gibt auch Konzepte, die umgesetzt werden. Ich wollte jedoch zum Ausdruck bringen, dass nicht die Eltern und Schüler für die Organisation des Unterrichtsbetriebs zuständig sind, sondern die Schulleitungen.

Wenn Schulleitungen an dieser Stelle sagen, dass etwas nicht praktikabel ist, dann habe ich dafür ein offenes Ohr und setze entsprechend das um, was möglich ist, und nicht das, was nicht möglich ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Frau Beer, Sie haben die Lehrerwerbekampagne angesprochen. Liebe Frau Beer, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten in den sieben Jahren einmal eine Lehrerwerbekampagne gestartet.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber vorab hätte wahrscheinlich besser eine Lehrerbearbeitungsprognose gestanden, die Sie nicht auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen befinden wir uns heute in diesem Schlamassel. Der Lehrstellenmarkt ist leergefegt. Wir haben eine angespannte Situation, die einen rot-grünen Stempel trägt.

Sie sprachen von „meiner Rechtsverordnung zum Distanzlernen“. Liebe Frau Beer, ich glaube, dass das unsere Rechtsverordnung ist, weil sie durch dieses Parlament gegangen ist. Sie wurde von Ihnen allen gemeinsam mit Mehrheit verabschiedet.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber wir haben nicht dafür gestimmt!)

Damit ist sie diesem Parlament zuzuordnen, und sie ist nicht meine Rechtsverordnung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie, aber auch Frau Voigt-Küppers haben viele Dinge angesprochen, die das derzeitige Regierungshandeln anbelangen, mit denen Sie nicht einverstanden sind. Zum Haushalt haben Sie aber wenig gesagt. Das lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass Sie mit dem Haushalt, den mein Ministerium vorgelegt hat, einverstanden sind. Das wiederum freut mich, das darf ich hier sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Schuletat hat ein Volumen von über 20 Milliarden Euro. Damit ist er der größte Schuletat, den es jemals in der Geschichte dieses Landes gegeben hat. Jeder vierte Euro des Landeshaushaltes kommt unseren Schulen zugute. In diese Summe sind noch nicht alle Maßnahmen und Förderprogramme eingerechnet, die allgemein in die Beratung rund um den Coronaschutzschild fallen.

Diesbezüglich möchte ich gerne die Endgeräte für die Lehrerinnen und Lehrer nennen – bis dato immer noch einmalig in der Bundesrepublik Deutschland –, die digitale Ausstattung für die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Ferien- und Förderprogram-

me für unsere Schülerinnen und Schüler und jetzt noch die OGS-Helfer.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Herr Stamp wollte sie erst nicht haben! – Marlies Stotz [SPD]: Wie lange hat das denn gedauert?)

Wir stellen hier immerhin 30 Millionen Euro zur Verfügung, die von der Freien Wohlfahrtspflege und von der Jugendhilfe mehr als nur liebevoll begrüßt worden sind.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Seit der Regierungsübernahme haben wir mit dem Haushalt 2021 über 6.500 Stellen geschaffen: Stellen im Lehrerbereich, bei den multiprofessionellen Teams, in der Schulverwaltungsassistenz und – auch das wurde schon angesprochen – bei der wichtigen Schulpsychologie.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Frau Ministerin, dass ich Sie ein zweites Mal unterbreche. Dieses Mal würde Ihnen die Kollegin Sigrid Beer gerne eine Zwischenfrage stellen.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Auch das lasse ich zu.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen.

Auch ich habe die Förderung bezüglich der OGS-Helferinnen und der Unterstützung im Ganztags an den Förderschulen sehr begrüßt. Ich möchte Sie jetzt fragen, warum eine solche Unterstützung nicht mit der gleichen Begründung, dass es nämlich wichtig ist, die Schulen zu entlasten, für die Schulen des gemeinsamen Lernens im Ganztags auf den Weg gebracht wurde.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass Sie diese Maßnahme seitens der Landesregierung so begrüßen, wie Sie es getan haben. Was nicht ist, kann ja noch werden; wir arbeiten an weiteren Förderprogrammen. In diesem Zusammenhang haben wir zum Beispiel ein viertes Maßnahmenpaket aufgelegt, das auch zur Unterstützung der Schulen des gemeinsamen Lernens dient.

Sie sehen also: Wir lassen keine Schulform außer Acht und unterstützen das inklusive, das gemeinsame Lernen genauso wie alles andere. Das alles zählt für uns zu den Bildungsmaßnahmen, die wir für die Bildungsgerechtigkeit unserer Schülerinnen und Schüler auch in Pandemiezeiten auf den Weg bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn wir schon bei der Inklusion, beim gemeinsamen Lernen sind, komme ich jetzt noch einmal zur Neuausrichtung der Inklusion, aber auch zum gemeinsamen Lernen. Wir haben im Rahmen des gemeinsamen Lernens an den Grundschulen bereits 300 Planstellen und Tarifstellen eingerichtet. Damit stehen unseren Grundschulen mehr als 3.800 zusätzliche Stellen für den Bereich der Inklusion zur Verfügung.

Für die Sekundarstufe haben wir bis zum vergangenen Jahr, bis zum vergangenen Haushalt, bereits mehr als 2.720 Stellen für die Schulen des gemeinsamen Lernens bereitgestellt. Mit dem Haushalt 2021 kommen dann weitere 753 Stellen hinzu. Damit stehen ab dem Schuljahr 2021/2022 in der Sekundarstufe I für die Inklusion 7.500 Stellen bereit.

Ein weiteres Beispiel – auch das dürfte Ihnen bekannt sein – ist der Masterplan Grundschule. Zur Stärkung und zur Unterstützung unserer Grundschulen stellen wir allein im Jahr 2021 über 1.600 Stellen bereit. Zudem ist vielleicht wichtig zu erwähnen: Auch kleine Grundschulen erhalten nun endlich Konrektorstellen – eine Maßnahme, die Rot-Grün bei ihrem Regierungshandeln schlicht und ergreifend vergessen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Umstellung auf G9 führt ebenfalls zu einem Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen. Bereits jetzt haben wir den erhöhten Personalbedarf im Schuljahr 2026/2027 im Blick. Aber wir haben ihn nicht nur im Blick, sondern wir handeln schon heute. Darum haben wir zeitlich befristet zusätzliche Vorgriffsstellen bereitgestellt. Für den nächsten Haushaltsplan sind es 1.450 Stellen, und bis zum Schuljahr 2025/2026 werden insgesamt 3.000 weitere Vorgriffsstellen besetzt werden können. Sie sehen, für uns hat die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler spürbare, greifbare Priorität.

Zum Schluss: Die Schulsozialarbeit – sie wurde schon angesprochen – ist mit 48 Millionen Euro abgesichert. Für den offenen Ganztags sind mehr als 600 Millionen Euro vorgesehen. Somit konnten 47.000 zusätzliche Ganztagsplätze seit 2017 eingerichtet werden. Auch die Regelförderung für die Plätze ohne erhöhten Förderbedarf haben wir seither um 28 % erhöht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann noch ein kleiner Sprung zu den Kommunen: Bei den Kommunen nehmen wir natürlich sofort die Schulen in den Blick. Wir haben einen schulscharfen Sozialindex entwickeln lassen, eine Maßnahme, die sich Rot-Grün zwar sieben Jahre lang vorgenommen hatte, aber zu deren Ausführung es am Ende des Tages nicht gekommen ist. Auch ohne den schulscharfen Sozialindex werden bereits jetzt insgesamt 4.410

Mehrbedarfsstellen unter Berücksichtigung des Kreissozialindex zugewiesen. Eine Vergleichszahl: Unter Rot-Grün waren es für diese Zwecke lediglich 1.346 Stellen.

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen noch viel erzählen, was der Haushaltsplanentwurf 2021 alles an Maßnahmen birgt, die die Landesregierung auf den Weg bringen bzw. weiter unterstützen wird.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja, bitte!)

Mit diesem Haushaltsplan festigen wir auch in schwierigen Zeiten den Grundstein, um den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen in der Aussprache zu Einzelplan 05.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 05; das ist der Einzelplan des Ministeriums für Schule und Bildung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/11905, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer dem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** worden.

Wir kommen zu:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/11907 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der AfD in den Drucksachen 17/11951 bis 17/11953.

Wir debattieren den Einzelplan 07 in zwei Teilbereichen, dem Teilbereich a, Familie, Kinder und Jugend, und dem Teilbereich b, Flüchtlinge und Integration.

Ich rufe auf:

a) Familie, Kinder und Jugend

Für die SPD-Fraktion hat Herr Dr. Maelzer das Wort.